

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/184

26. September 1974

Geltendes Presserecht auf dem Prüfstand

Verfahren Bundesminister Dr. Vogel kontra
Axel Springer Verlag von grundsätzlicher Bedeutung

Von Günther Metzger MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Seite 1 und 2 / 74 Zeilen

Warten auf Kissinger

Wie kann ein fünfter Nahost-Krieg verhindert werden?

Von Kurt Mattick MdB
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
des Bundestages

Seite 3 und 4 / 86 Zeilen

Der Bumerang mit der Pflichtverletzung

Das CDU-Organ "Politik und Frau" löste eine
CDU-Kettenreaktion aus

Seite 5 und 6 / 42 Zeilen

Ein Geschenk für TASS

Hilfestellung für eine wahrheitsgemäßere
Berichterstattung

Von Werner Buchstaller MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen
der SPD-Bundestagsfraktion und Leiter der Wehrpo-
litischen Informationstagung der SPD in Regens-
burg

Seite 7 und 8 / 53 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ebert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 88 86 848 - 48 ppan d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Geltendes Presseerecht auf dem Prüfstand

Verfahren Bundesminister Dr. Vogel kontra
Axel Springer Verlag von grundsätzlicher Bedeutung

Von Günther Metzger MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Am 15. September 1974 veröffentlichte "Bild am Sonntag" (BamS) einen sensationell aufgemachten Beitrag zum Bericht des Revisionsamtes der Landeshauptstadt München über die Untersuchung der Vergabe von Forschungsaufträgen durch das Stadtentwicklungsreferat der Landeshauptstadt München. Auf der Titelseite fand sich unter der Zeile "Steuergelder an Radikale verschleudert" in Riesenlettern der Satz "Minister Vogel in Millionenskandal verwickelt". Durch die Art der Aufmachung und sachlich unzutreffende tatsächliche Angaben wurde der derzeitige Bundesminister der Justiz ohne jegliche Grundlage ins Zentrum der Beanstandungen des Revisionsamtes gerückt.

Nachdem Bundesjustizminister Dr. Vogel dem am 15. September 1974 in einer Presseerklärung entgegengetreten war, forderte er den Axel Springer Verlag und den verantwortlichen Redakteur am 17. September 1974 auf, in der nächsten Ausgabe der BamS eine Gegendarstellung des Inhalts zu bringen, daß er nicht in den "Millionenskandal verwickelt" sei und die beanstandete Vergabep Praxis nicht "geduldet" oder gar als "Auftragserteiler" daran mitgewirkt habe. Die Überschrift "Minister Vogel nicht in Millionenskandal verwickelt" sollte entsprechend der Ausgangsveröffentlichung als Balkenüberschrift auf Seite 1 erscheinen.

Der Axel Springer Verlag weigerte sich zunächst, diesem Verlangen nachzukommen. Bundesjustizminister Dr. Vogel beschritt deshalb den vom Gesetz vorgeschriebenen Weg, die Veröffentlichung durch eine einstweilige Verfügung zu erzwingen. In den dann vom Antragsgegner angebotenen Vergleichsverhandlungen und gerichtlichen Auseinandersetzungen ging es weniger um den Text der Gegendarstellung als um ihre Überschrift und vor allem um deren Platzierung auf Seite 1. Die Angebote der Gegenseite, die Gegendarstellung auf Seite 3 ohne Überschrift oder mit einem auf der Titelseite befindlichen kleinen Hinweis auf die Gegendarstellung im In-

nen des Blattes zu drucken, mußte der Bundesminister der Justiz ablehnen.

Während das Landgericht Hamburg am 20. September 1974 den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung zurückwies, hat das Hanseatische Oberlandesgericht mit einem auf die sofort eingelegte Beschwerde ergangenen Beschluß noch am gleichen Tage dem Antrag voll stattgegeben. Presserechtlich ist diese Entscheidung deshalb von besonderer Bedeutung, weil hier erstmals gerichtlich die Veröffentlichung der Überschrift einer Gegendarstellung auf der ersten Seite in einer Aufmachung durchgesetzt wurde, die durch keine andere Schlagzeile an Größe übertroffen werden darf.

Dennoch erschien die Gegendarstellung nicht in der nächsten Ausgabe der BmS vom 22. September 1974. Die Gegenseite hatte einen - sofort zurückgewiesenen - Antrag auf Aussetzung der Vollziehung der einstweiligen Verfügung gestellt, darüber hinaus gegen die Entscheidung des Oberlandesgerichts Widerspruch eingelegt und im übrigen in der auf den Widerspruch anberaumten mündlichen Verhandlung am 23. September 1974 vorgebracht, daß die Seite 1 bereits fertig und eine Neugestaltung dieser Seite technisch unmöglich gewesen sei.

Aufgrund der mündlichen Verhandlung hat das Landgericht Hamburg sodann noch am selben Tag auf den Widerspruch der Gegenseite die zugunsten von Bundesjustizminister Dr. Vogel ergangene einstweilige Verfügung des Hanseatischen Oberlandesgerichts entsprechend einem von Bundesjustizminister Dr. Vogel gestellten Hilfsantrag im wesentlichen bestätigt. Der Axel Springer Verlag ist nach dieser Entscheidung verpflichtet, in der nächsten Ausgabe der BmS eine Gegendarstellung mit dem Titel "Minister Vogel nicht persönlich in Millionenskandal verwickelt" zu bringen; die Überschrift ist allerdings - anders als nach der ursprünglichen Entscheidung des OLG - nicht als Balkenüberschrift auf Seite 1 abzudrucken, sondern muß dort lediglich unübersehbar groß in einem Kasten auf die Gegendarstellung im Innern des Blattes hinweisen.

Diese Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig. Schon jetzt ist aber erkennbar, daß es um ein Verfahren von grundsätzlicher presserechtlicher Bedeutung geht. Es ist erfreulich, daß Dr. Vogel als Bundesjustizminister selber die Möglichkeit des geltenden Rechts auslotet.

(-/26.9.1974/bgy/pr)

+ + +

Warten auf Kissinger

Wie kann ein fünfter Nahost-Krieg verhindert werden ?

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Wer in letzter Zeit den Nahen Osten besuchte, konnte nicht ohne ein etwas unheimliches Gefühl wieder abreisen. Die Atmosphäre ist dem natürlichen Winter etwas vorausgeilert. Man fühlt Eisen in der Luft. Nachdem die Waffenstillstandsvereinbarungen mit Ägypten und Syrien nicht gleichzeitig feste Termine zur Wiederaufnahme der Verhandlungen und Verhandlungsverpflichtungen beider Seiten mit einbezogen hatten, ist ein Vakuum entstanden, das mit Beendigung der Waffenstillstandsvereinbarungen eine Explosion auslösen könnte. Am 24. Oktober läuft die Vereinbarung mit Ägypten ab und am 11. November die mit Syrien.

Die Hoffnung Israels, die Verhandlungen über einen endgültigen Waffenstillstand und möglichen Frieden stufenweise durchführen zu können, scheint sich nicht zu erfüllen. Der Gedanke, mit Ägypten Frieden zu schließen, dann mit Jordanien zu verhandeln und auf die Einsicht Syriens zu warten, hat die Entwicklung der arabischen Gemeinsamkeiten außer acht gelassen. Die nicht einkalkulierte Dreierkonferenz zwischen Ägypten, Syrien und der palästinensischen Befreiungsfront hat einen Strich durch die Rechnung Israels gemacht. Herr Kissinger steht nun im Wettlauf mit der Zeit.

Eigentlich war dies vorauszusehen. Israel beobachtet mit Sorge die enormen Waffenlieferungen der Sowjetunion nach Syrien und die anscheinend zunehmende Bereitschaft Syriens den fünften Nahost-Krieg vorzubereiten. So überzeugt man sein kann, daß Ägypten an einem neuen Krieg kein Interesse hat, so sicher mußte man davon ausgehen, daß Ägypten mit seiner Friedenspolitik unter starken arabischen Druck käme, wenn nicht sehr bald neue Gespräche eingeleitet würden, die es Syrien zunächst sehr erschwerten, während dieser Verhandlungen eine neue Kampfhandlung auszulösen.

Israel ist durch den letzten Krieg geschockt. Man hoffte und hofft wohl noch auf Kissinger, aber man stellt sich auch auf einen neuen Angriff von Syrien ein. Zwischen Israel und Syrien scheint es zur Zeit keinerlei Kompromißbereitschaft zu geben. Die Geographie zwingt Israel dazu, so meine ich, vor einer Verständigung mit Syrien keinen Rückzug von den Golanhöhen anzutreten. Syrien macht dagegen seine Verhandlungsbereitschaft davon abhängig, daß die Israelis sich vorher von den Golanhöhen zurückziehen.

Obwohl das Ergebnis der Dreierkonferenz auch neue Spannungen im arabischen Lager ausgelöst hat, indem man über den Kopf von Hussein hinweg

sich verständigte, hat sich Ägypten mit dieser Vereinbarung gebunden und wird kaum noch in der Lage sein, nach dieser Vereinbarung mit Israel einen Alleingang in bezug auf Friedensregelung zu wagen. Es ist akute Gefahr vorhanden. Es hilft uns nichts, wenn wir die Frage stellen: Was ist versäumt worden? Was ist zu tun? Es wäre ein erbärmliches Versagen der beiden Supermächte und der westlichen Welt, wenn es nicht doch noch gelänge, durch gemeinsames Handeln und Einflußnahme den fünften Nahostkrieg zu verhindern. Israel selbst, so hat es uns die Regierung erklärt, ist sich im Klaren darüber, daß auch ein gewonnener fünfter Krieg eine politische Niederlage für Israel wäre.

Ägypten muß wissen, daß, wie immer der fünfte Krieg ausgehen würde, die Aufbaupolitik, die Saddat begonnen hat und die im Interesse und auch Wunsch des Ägyptischen Volkes ist, einen erheblichen Rückschlag erlitte, und Hussein muß wissen, daß er in einem solchen fünften Krieg in einen Reibungsprozeß hineingeraten könnte, der möglicherweise zur Existenzfrage würde. Das heißt:

1/ Es ist keine Zeit mehr zu verlieren zur Wiederaufnahme der Gespräche; Kissinger gerät in den Wettlauf mit der Zeit.

2/ Wir sollten helfen. Die Zusagen an Ägypten, beim Wiederaufbau behilflich zu sein, müssen beschleunigt in Taten umgesetzt werden, um über Ägypten hinaus den arabischen Völkern klarzumachen, daß es mit westlicher Hilfe möglich ist, eine neue Entwicklung im ganzen arabischen Raum einzuleiten. Die Freunde Arabiens - und ich denke hier besonders an den Präsidenten Tito - müssen im Interesse des Friedens ihren Einfluß, insbesondere auf Syrien, ausschöpfen, um Zeit zu gewinnen, und der erste Schritt des Herrn Kissinger muß es sein, die Waffenstillstandsvereinbarungen über die gesetzten Termine hinaus zu verlängern.

3/ Die Sowjetunion muß ihren Willen, mit den USA zusammenzuarbeiten deutlich machen, indem sie gegenüber Damaskus klarstellt, daß ihre Wiederaufrüstung Syriens zur Sicherheit dieses Landes und Erhaltung des Friedens und nicht zu einem neuen Krieg führen soll.

Zur Zeit gibt es die Meinung, daß die Sowjetunion an der Erhaltung einer Krise interessiert sei. Es wird notwendig sein, daß der Sicherheitsrat sich anlässlich dieser Situation vor Ausbruch eines fünften Krieges mit der Gefahr beschäftigt und ernsthaft prüft, wie sie zu bannen ist.

Wir appellieren an die Bundesregierung in der Erkenntnis, daß Gefahr vorhanden ist, sich nicht mit der Rolle des Nichtbetroffenen abzufinden, sondern die Tatsache, daß die Bundesregierung ein gutes Verhältnis zu den Arabern und ein gutes Verhältnis zu Israel hat, auszunutzen, um den Frieden zu erhalten und in der Erhaltung des Friedens Wege der Verständigung zwischen den streitenden Parteien suchen zu helfen. (-/25.9.1974/ks/pr)

+ + +

Der Bumerang mit der Pflichtverletzung

Das CDU-Organ "Politik und Frau" löste eine CDU-Kettenreaktion aus

"Pflichtverletzung" betitelt das CDU-Organ "Politik und Frau" einen Beitrag, der sich mit dem Problem der Schwerbeschädigten-Pflichtplätze im öffentlichen Dienst befaßte, und schrieb dann den Sozialdemokraten ins Stammbuch: "Wie so oft verliert die SPD - ihre Zukunftsvisionen im Auge - die machbaren Realitäten aus dem Gedächtnis. Während sie von groß-angelegten Reformen spricht, wird der Besitzstand sträflich vernachlässigt. So ist es auch mit der gesetzlichen Verpflichtung, daß zehn Prozent der Beschäftigten in Bundesdienststellen Schwerbeschädigte sein müssen."

"Politik und Frau" fügte dann die Zahlen hinzu, wonach im Kanzleramt nur 16 von 41 Pflichtplätzen besetzt sind, bei der Zollverwaltung 1.445 Pflichtplätze offen, bei der Deutschen Bundesbahn sogar 5.286 Schwerbeschädigtenstellen unbesetzt und künftig mit 100 DM für Rehabilitationsleistungen auszugleichen sind. Darauf, daß etwa die Bundesbahn in weiten Bereichen ebensowenig Schwerbeschädigte anstellen kann wie die Zollverwaltung oder andere, schwieg das Unionsfrauen-Blättchen. Man wollte einfach nur die Atmosphäre vergiften und beispielsweise auch Bundesarbeitsminister Walter Arendt der "Pflichtverletzung" beschuldigen, weil er im Augenblick in seinem Hause nicht zehn, sondern 8,3 vH. Schwerbeschädigte beschäftigt.

Die peinlichen Vorwürfe des CDU-Organs wurden ein Bumerang. MdL Hans Herrmann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Land-

tag Rheinland-Pfalz, legte die von dem CDU-Blatt aufgeworfenen Fragen kurzerhand in einer parlamentarischen Anfrage der Kohl-Regierung in Mainz vor, um zu sehen, wie dort der Stand sei, um ihn gegebenenfalls mit dem Status der Bundesministerien vergleichen zu können. In Mainz zu fragen ist nämlich immer rat- und heilsam, seit die CDU/CSU in Bonn etwa die Stellenvermehrungen um 12,5 vH. von 1969 bis 1974 als skandalös empfand, sich dann aber sagen lassen mußte, daß es Dr. Kohl auf das Doppelte brachte und in seiner Staatskanzlei sogar um ein Vielfaches.

Und ähnlich war es auch jetzt: CDU-Sozialminister Geißler paßte. Er nannte gar keine Schwerbeschädigtenzahl für den Landesdurchschnitt, er sah sich außerstande die Frage nach den nicht besetzten Pflichtplätzen in den Ministerien und obersten Landesbehörden zu beantworten und redete sich damit heraus, daß die Bundesanstalt für Arbeit "durch eine Totalerfassung bei allen Arbeitgebern mit Stichtag 1. September 1974 die erforderlichen Feststellungen treffen."

CDU-Minister Geißler weiß also für sein Haus und seine Ministerien noch nicht einmal annähernd das zu sagen, wofür seine CDU-Publizisten in Bonn die Bundesregierung und die SPD der Pflichtwidrigkeit geziehen haben... Der SPD-Abgeordnete Herrmann läßt aber nicht locker: Er hat eine neue Anfrage eingebracht, um zu hören, was der Stichtag 1. September 1974 in den Kohl-Ministerien an "Pflichtverletzung" ergeben hat.

Herbert Bermeitinger
(-/26.9.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller

Ein Geschenk für TASS

Hilfestellung für eine wahrheitsgemäße Berichterstattung

Von Werner Buchstaller MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion
und Leiter der Wehrpolitischen Informationstagung der SPD in Regensburg

Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS hat den Bundesminister der Verteidigung Georg Leber wegen seiner Rede auf einer Wehrpolitischen Tagung der SPD am 22. September 1974 in Regensburg angegriffen. Dort soll er Äußerungen gemacht haben, "die unangenehm nach Kaltem Krieg riechen" und erklärt haben, die Bundesrepublik Deutschland sei in der Lage, an einem "begrenzten Wettrüsten" teilzunehmen. Ebenso stellt TASS als "Tatsache" fest, daß Bundesminister Leber im Lager von Strauß "aufgetaucht" sei.

Hier kann von mir als Leiter dieser Tagung eindeutig festgestellt werden, daß diese Darstellung der Rede Georg Lebers von TASS völlig falsch, aus dem Zusammenhang gerissen und verdreht ist. Vielmehr ist in Lebers Rede in einer überzeugenden Weise sozialdemokratische Sicherheitspolitik dargestellt worden, die auf den zwei gleichwertigen Säulen von Verteidigungs- und Entspannungsbereitschaft die äußere Sicherheit der BRD im Verbund mit der westlichen Allianz bewahren will. Zum Thema Entspannungsbereitschaft haben Sozialdemokraten, und in vorderster Linie Georg Leber, schon 1966 in initiativer Form ausgewogene und beiderseitige Truppenreduzierungen gefordert, durch ihre Außenpolitik tragende Bausteine zu KSZE und MBFR gesetzt. Die Glaubhaftigkeit der deutschen Entspannungsbereitschaft ist wohl kaum ehrlicher und redlicher darzustellen, als dies Georg Leber in Regensburg getan hat, und der Beifall seiner Parteifreunde war Beweis dafür.

Seit langer Zeit müssen wir feststellen, daß die UdSSR trotz der seit Januar 1973 laufenden MBFR-Verhandlungen und ihrer nicht zu bestreitenden

großen Überlegenheit an Truppen und besonders Ausrüstungen diese weiter beschleunigt modernisiert und sogar aufstockt. Der letzte Bericht des Internationalen Instituts für Strategische Studien ist eindeutiger Beweis. Auch auf diese Situation hat Verteidigungsminister Leber zu Recht hingewiesen und betont, daß sich die BRD in extensiver Auslegung der defensiven Strategie dieser militärischen Kräftekonzentration stellen müsse, das heißt zum Beispiel, jedem Panzer, den die UdSSR noch zusätzlich zu ihrer Übermacht von 2,5 - 3 : 1 anbietet, werden wir eine Panzerabwehrrakete entgegenhalten. Und dieses Wettrüsten könne die BRD aushalten. Andererseits werden wir jedes Zeichen sehen, welches die Sowjetunion und der Warschauer Pakt in Richtung auf Verlangsamung und Stillstand ihrer Aufrüstung geben, und durch entsprechende Handlungen unsererseits beantworten.

Es besteht kein Zweifel, daß Bundesregierung und SPD/FDP-Koalition diese Entspannungsbereitschaft und Erhaltung defensiver Verteidigungsfähigkeit vor der Bevölkerung vertreten können und von ihr auch verstanden werden. Ebenso unzweifelhaft ist, daß der Verteidigungsminister das volle Vertrauen der SPD besitzt. Um auch für die Nachrichtenagentur TASS meine Aussagen nachprüfbar zu machen, erlaube ich mir, ihr eine Tonbandnachschrift der Rede Georg Lebers zu schenken. Dies mag dazu beitragen, auf eine ehrlichere Berichterstattung der TASS hoffen zu können.

(~/26.9.1974/ks/pr)

+ + +